

Nicht so!

Sehr geehrte Kollegin, sehr geehrter Kollege,

mit dieser *DFZ*-Ausgabe liegt Ihnen zum zweiten Mal innerhalb von ein paar Monaten ein Heft mit dem Hauptthema „Digitalisierung“ vor. Und das, weil die Politik die Verarbeitung von Patientendaten stark vorantreibt.

Wenn Digitalisierung der Gesundheitsdaten zum Nutzen der Patientinnen und Patienten eingesetzt wird, ist dies im Prinzip etwas Positives, es darf aber nicht zur Kontrolle der Ärzte missbraucht werden. Der Patient soll die Herrschaft über seine Gesundheitsdaten behalten (oder vielleicht besser wiedererhalten?) und sich bewusst entscheiden, welche Daten er/sie an wen zur Verfügung stellt.



Hub van Rijt
Mitglied im FVDZ-
Bundesvorstand

NICHT ZUM NUTZEN DER VERSICHERUNGEN

Auch eine elektronische Patientenakte (ePa) ist an sich nichts Verwerfliches. Sie muss aber zum Nutzen der Patienten eingesetzt werden und nicht zum Nutzen der Versicherungen, die nur den Kostenaspekt im Blick haben. Wir Ärzte sollen mitbestimmen können, was darin aufgenommen wird. Der Anfang ist mit der Anbindung der Arzt- und Zahnarztpraxen an die Telematikinfrastruktur (TI) gemacht worden. Da dieses Projekt nur sehr schleppend vorankommt, drängt die Politik auf andere Techniken. Das Projekt TI kommt deswegen so schlecht in Fahrt, weil die Sicherheitsanforderungen sehr hoch sind. Die entstehenden Verzögerungen sorgen aber dafür, dass die Wirklichkeit die TI rechts überholt und eigentlich jetzt schon mit veralteter Technik arbeitet.

POLITIK FORDERT ABSTRICHE BEIM DATENSCHUTZ

Die Politik reagiert darauf, indem sie Techniken fordert, die ein weniger hohes Sicherheitsniveau haben, dafür aber schneller zu verwirklichen sind. Digital-Staatsministerin Dorothee Bär (CSU) fordert „Abstriche beim deutschen Datenschutz, um die Digitalisierung im Gesundheitswesen zu forcieren“. Da Gesundheitsdaten meiner Meinung nach die sensibelsten Daten eines Menschen sind, ist diese Forderung für mich unverständlich, vor allem nach dem letzten Hackerangriff. Sind Gesundheitsdaten weniger brisant als private Daten von Politikern und anderen in der Öffentlichkeit stehenden Personen? Werden sie deswegen für Hacker nie von Interesse sein?

In diesem Sinne wünsche ich uns viel Erfolg in der Kommunikation mit unseren Politikern.

Ihr